

ABR – Variantenanalyse für die bauliche Umsetzung; Anträge des Regierungsrats

Bericht des Regierungsrats

Datum RR-Sitzung: 26. April 2023
Geschäftsnummer: 2021.STA.644
Direktion: Bau- und Verkehrsdirektion
Klassifizierung: intern

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage und Auftrag	3
2	Auftragsverständnis und Rahmenbedingungen	3
3	Übersicht über betroffene Verwaltungseinheiten und grundsätzliche Stossrichtung für deren Verortung	4
4	Varianten und Antrag des Regierungsrats für die Provisorien.....	5
4.1	Grundsätzliche Bemerkungen zu den Provisorien	5
4.2	Möglichkeiten für Kosteneinsparungen beim Provisorium gemäss Bericht ABR	6
4.3	Varianten	6
4.4	Antrag des Regierungsrats zu den Provisorien.....	8
5	Varianten und Antrag des Regierungsrats für die definitive Lösung.....	8
6	Weitere, nicht mehr weiterverfolgte Varianten	9
7	Weiteres Vorgehen	10

1 Ausgangslage und Auftrag

In der Frühlingsession 2023 hat sich der Grosse Rat eingehend mit dem Projekt Avenir Berne Romande (ABR) beschäftigt. Auf dem Programm stand einerseits der Bericht Avenir Berne Romande (ABR), der positiv zur Kenntnis genommen und mit verschiedenen Planungserklärungen verabschiedet wurde, die namentlich auch die vom Regierungsrat gewählte Neuverortung in verschiedenen Kompetenzzentren bestätigen. Andererseits wurden zwei Kreditgeschäfte zur örtlichen Umsetzung von ABR traktandiert. Das Parlament hat dem Kauf der Tavannes Machines in Tavannes als neues Kerngebäude der kantonalen Verwaltung im Berner Jura zugestimmt und Mittel für die Projektierung der notwendigen Sanierungs- und Umbauarbeiten genehmigt. Dies mit der Auflage, dass die Tavannes Machines optimal mit kantonalen Verwaltungseinheiten belegt wird.

Hingegen hat der Grosse Rat, einem Antrag der geschäftsführenden Bau-, Verkehrs-, Raumplanungs- und Energiekommission (BaK) folgend, den beantragten Projektierungskredit für die bis zur Fertigstellung eines geplanten Neubaus in Reconville zur definitiven Unterbringung erforderlichen Provisorien auf die Sommersession 2023 verschoben. Zum einen wurden die Kosten für die Provisorien als zu hoch beurteilt, zum anderen wurden neue Unterbringungslösungen in die Diskussion eingebracht, die näher geprüft werden sollen. Offene Fragen bestehen beispielsweise zum Potenzial des Standorts Bellelay als Provisorium und zur grundsätzlichen Notwendigkeit eines Neubaus für Polizei/Justiz im Zusammenhang mit Leerständen bei bestehenden und künftigen Kantonsbauten im Berner Jura.

Die für das Kreditgeschäft zuständige vorberatende Kommission hat die BVD beauftragt, im Hinblick auf die neu angesetzte Beratung des Kredits Alternativen für Provisorien und für die definitive Lösung der Verortung von Justiz und Polizei auszuarbeiten und der Kommission vorzulegen. In der Folge hat die Juradelegation des Regierungsrats (DAJ) die BVD und die STA beauftragt, das Geschäft dem Regierungsrat zur Verabschiedung zuhanden der BaK zu unterbreiten. Die STA hat die BaK über dieses Vorgehen informiert und ihr in Aussicht gestellt, dass der Regierungsrat seine Position am 26. April 2023 festlegen und das Geschäft gleichentags an die BaK verabschieden werde. Die Beratung in der BaK ist am 11. Mai 2023 vorgesehen.

2 Auftragsverständnis und Rahmenbedingungen

Für die Umsetzung des Auftrags der BaK geht der Regierungsrat von folgendem Auftragsverständnis und folgenden Rahmenbedingungen aus:

- **Basis und Weiterentwicklung Bericht ABR:** Die Vorschläge im vorliegenden Bericht für Provisorien und definitive Lösungen basieren auf dem Bericht ABR. Zentrale Stossrichtung des Berichts sind die sogenannten «Pôles de Competences», also eine dezentrale Organisation und Verortung an verschiedenen Standorten. Die Alternativen für die bauliche Umsetzung bauen auf diesem zentralen Grundgedanken auf. Optimierungen werden indes bei den Kosten und bei der Vermeidung von Leerständen angestrebt.
- **Politische Bedeutung für den Berner Jura:** Das Geschäft ABR hat eine hohe regionalpolitische Bedeutung, die neben den üblichen vom Grossen Rat geforderten Entscheidungskriterien bei Immobiliengeschäften wie beispielsweise gutes Kosten/Nutzen-Verhältnis, Vermeidung von Leerständen oder begründeter Flächenbedarf beachtet werden müssen, um der politischen Bedeutung der Jurafrage Rechnung zu tragen. ABR soll bewusst zu einer Stärkung des Berner Juras nach dem Wegzug von Moutier führen und der Region sowie der Bevölkerung eine neue Perspektive eröffnen und einen Mehrwert bringen.
- **Konkordat:** Seit der Frühlingsession konnten die Verhandlungen zum Konkordat fortgeführt und erfolgreich abgeschlossen werden. Der Präsident der DAJ wird die BAK und andere Kommissionen

an der Sitzung vom 11. Mai 2023 informieren. Es ist nun definitiv, dass alle Berner Verwaltungseinheiten den Standort Moutier bis Ende 2025 verlassen müssen. Ein Verbleib über diesen Termin hinaus – auch nur von einzelnen Teilen der Verwaltung – ist ausgeschlossen (eine Ausnahme besteht für das CEFF, welches – falls notwendig – bis zum Beginn des Schuljahres im August 2026 in Moutier bleiben könnte).

- **Zeitverhältnisse und Risiken:** Der nun definitiv bekannte Auszugstermin verstärkt den Termindruck für die bauliche Umsetzung von ABR noch einmal. So sind beispielsweise die bisherigen Vorschläge für Provisorien gemäss dem Bericht ABR ohne definitive Entscheide bis zur Sommersession kaum mehr umsetzbar. Der Regierungsrat weist mit Nachdruck darauf hin, dass ohne klare Verortungsentscheide und zugehörige Kreditgenehmigungen möglichst schon in der Sommersession, spätestens aber in der Herbstsession, eine zeitgerechte Umsetzung von ABR nicht gewährleistet werden kann. Das insbesondere auch deshalb, weil bei verschiedenen benötigten Bauvorhaben Risiken für Einsparungen und Beschwerden bestehen (vgl. nachfolgende Ziffern). Sodann erfordert die aktuelle Situation auf dem Bauplan mit seinen knappen personellen Ressourcen und Materialien eine möglichst rasche Planbarkeit der Arbeiten.
- **Kostenunsicherheit:** Der Regierungsrat weist darauf hin, dass alle in diesem Bericht genannten Kostenangaben auf Machbarkeitsstudien basieren und noch keine konkreten Projektierungen vorliegen. Die genannten Kosten weisen eine Ungenauigkeit von +/- 30 Prozent auf.

3 Übersicht über betroffene Verwaltungseinheiten und grundsätzliche Stossrichtung für deren Verortung

Das Konzept ABR will einerseits alle heutigen Verwaltungs- und Schuleinheiten in Moutier bis Ende 2025 im Berner Jura verorten. Daneben sieht ABR vor, mit der Verlegung und Konzentration von weiteren Verwaltungseinheiten, die sich heute schon ausserhalb von Moutier befinden, neue Schwerpunkte zu schaffen. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick:

Verwaltungseinheit	Heutiger Standort	Bedarf m2 (HNF)	Anzahl FTE	Bemerkungen
Verwaltungseinheiten, welche zwingend bis Ende 2025 Moutier verlassen müssen				
Steuerverwaltung	Moutier	616	28.30	
Konkursamt	Moutier	976	19.40	
Polizei	Moutier	1 844	50.00	Wegen Spezialnutzungen teuer in der Transformation
Justiz	Moutier	1 367	30.00	
Berufsschule CEFF	Moutier	2 886	29.57	Geht nach Biel
Gefängnis	Moutier	674	14.60	Geht nach Witzwil
EB	Moutier	110	1.90	
Total		8 473	173.77	
Verwaltungseinheiten aus dem heutigen Berner Jura, welche mit ABR konzentriert werden sollen (ABR+)				
ACCESS	Péry	125	3.50	In Miete
BIZ	Tramelan	459	7.40	In Eigentum
GBA	Courtélary	275	9.50	In Eigentum
ZA BJ	Courtélary	259	3.60	In Eigentum
EB	Tavannes	214	6.45	In Miete

Verwaltungseinheit	Heutiger Standort	Bedarf m2 (HNF)	Anzahl FTE	Bemerkungen
KL	Tavannes	122	3.00	In Miete
RAV	Tavannes	500	13.30	In Miete
SVSA	Tavannes	60	2.00	In Miete
ANW	Tavannes	155	6.50	In Miete
KDP	Tramelan	123	4.00	In Miete
Konkursamt	Biel	131	8.40	In Miete
Total		2 423	67.65	

Angesichts der äusserst knappen Zeitverhältnisse und den erheblichen Risiken, welche sich insbesondere aus Einsprachen/Beschwerden bei Baubewilligungen und aus Verzögerungen beim Wegzug heutiger Mieter aus den benötigten Gebäuden ergeben können, ist eine etappenweise Umsetzung von ABR notwendig.

In einer **ersten Etappe** sind die heute in Moutier angesiedelten Einheiten bis Ende 2025 zwingend neu zu verorten. Dabei sind, je nach Variante, Provisorien unvermeidlich. Wo immer möglich sollen diese vermieden oder zumindest kostengünstig erstellt werden.

In einer **zweiten Etappe** können die weiteren Einheiten, welche schon heute im Berner Jura ansässig sind, an neue Standorte ziehen.

Angesichts der knappen Zeitverhältnisse wird es unvermeidbar sein, dass gewisse Einheiten zweimal umziehen müssen (Bau unter Betrieb; gestaffelter Auszug bisherige Mieter).

Die BVD wird die konkrete Umsetzung nach den definitiven Beschlüssen des Parlaments planen, welche für jeden Nutzer im Detail Auskunft gibt. Ebenso wird ein Kommunikationskonzept für die Umsetzung erstellt.

4 Varianten und Antrag des Regierungsrats für die Provisorien

4.1 Grundsätzliche Bemerkungen zu den Provisorien

Vorliegend geht es primär um Provisorien für die Polizei und die Justiz. Beides sind Nutzer mit speziellen Anforderungen an die räumliche Infrastruktur, die sich aufgrund ihrer Kernaufgaben, aus Gründen der Sicherheit und der rechtlichen Anforderungen an die Aufgabenerfüllung, ergeben. Konkret müssen Gerichtsräume, Zellen, Waffen-, Munitionslager und weitere Spezialinfrastrukturen zur Verfügung stehen. Dies führt dazu, dass Provisorien für die Justiz und die Polizei trotz hohem Kostenbewusstsein per se teuer sind. Dies lässt sich gut am Beispiel der laufenden Sanierung des Amtshauses in Bern zeigen, wo ebenfalls ein Provisorium in Millionenhöhe für eine relativ kurze Zeit notwendig wurde.

Aus Sicht des Regierungsrats lässt sich die Standortfrage für die Provisorien nicht losgelöst von der definitiven Verortung von Justiz und Polizei beurteilen und entscheiden. Je nach Wahl der definitiven Verortung, lassen sich Provisorien vermeiden oder zumindest reduzieren. Zudem lassen sich höhere Provisoriumskosten besser begründen, wenn der Standort im Anschluss für eine definitive (anderweitige) Lösung weitergenutzt werden kann, da sich ein Teil der Investitionen auch für die definitive Verortung nutzen lässt und sich damit die Werthaltigkeit der Investition entscheidend verbessert.

4.2 Möglichkeiten für Kosteneinsparungen beim Provisorium gemäss Bericht ABR

Der Bericht ABR sieht als Provisorien für die Justiz und Polizei vor, dass die Justiz temporär im Gebäude «BelAir» in Reconvilier verortet und für die Polizei in Loveresse ein Provisorium geschaffen wird. In Loveresse kann auf Räumlichkeiten zurückgegriffen werden, welche bereits heute von der mobilen Polizei verwendet werden. Zusätzlich sind Containerbauten vorgesehen. Sowohl das Gebäude «Bel Air» in Reconvilier wie auch die Gebäude in Loveresse sind im Kantonseigentum, aber derzeit vermietet. Sie sind grundsätzlich für Provisorien geeignet. Die Kosten für die Provisorien gemäss Bericht ABR werden auf mindestens CHF 23 Mio. geschätzt.

In der Frühlingssession wurde die Höhe der Kosten für die Provisorien kritisiert. Die BVD hat deshalb die vorgeschlagenen Provisorien auf Kostenreduktionen hin überprüft. Konkret fallen drei Ansatzpunkte für Optimierungen in Betracht:

- Aufgrund von übergeordneten Überlegungen wurde bisher darauf verzichtet, den heutigen Mietern am Standort Loveresse zu kündigen. Das Provisorium für die Polizei sieht deshalb vor, dass für die Polizei neben dem eigentlichen Gebäude zusätzliche provisorische Bauten (Containerbauten) erstellt werden müssen. Bei einem Verzicht auf diese Bauten und mit einer Integration der Polizei in die bestehenden Gebäude liesse sich ein Hauptkostentreiber vermeiden. Der grösste und entscheidende Kostenhebel liegt deshalb bei der Verfügbarkeit der heutigen Gebäude.
- Als Kostensenkungsmassnahme wurde von der SID die Verlängerung der Provisorien um 10 bis 12 Jahre (statt 6 bis 8) Jahre vorgeschlagen. Obwohl diese Massnahme keine Reduktion der absoluten Kosten bewirkt, führt sie doch zu einer besseren Wirtschaftlichkeit der Provisorien. Der Regierungsrat erachtet diese Idee als prüfenswert. Sie könnte sich insbesondere dann anbieten, wenn sich beim Bezug der definitiven Standorte Verzögerungen ergeben (Einsprachen/Beschwerden und anderen Risiken).
- Kosten können weiter immer dann gesenkt werden, wenn bereits bestehende, passende Infrastrukturen mitgenutzt werden können (z.B. bestehende Gerichtssäle und Sicherheitsinfrastrukturen).

Weitere Kostenreduktionen sind grundsätzlich möglich, würden aber zu erheblichen Einschränkungen bei der Aufgabenerfüllung der Nutzer führen und gegebenenfalls auch Reputations- und Sicherheitsrisiken bewirken.

4.3 Varianten

Unter Berücksichtigung obiger Ausführungen wurden folgende Alternativen als Ergänzung zum Vorschlag für Provisorien gemäss dem Bericht ABR geprüft:

	V 1.1: Konzentriert Bellelay	V 1.2: dezentral Berner Jura	V 1.3: dezentral Berner Jura / Biel
Stossrichtung	Konzentriertes Provisorium in Bellelay	Dezentrale Provisorien im Berner Jura ohne Bellelay	Dezentrale Provisorien im Berner Jura und Biel, ohne Bellelay
Verortung:	○ Mobile Polizei: Loveresse ○ Stationäre Polizei: Bellelay ○ Gericht/Stawa: Bellelay	○ Mobile Polizei: Loveresse ○ Stationäre Polizei: Tavan- nes Machines	○ Mobile Polizei: Loveresse ○ Stationäre Polizei: Tavan- nes Machines ○ Gericht/Stawa: Biel

	V 1.1: Konzentriert Bellelay	V 1.2: dezentral Berner Jura	V 1.3: dezentral Berner Jura / Biel
		Gericht/Stawa: BelAir, Reconvilier	
Investitionskosten ¹⁾	MITTEL 8 Mio. Mob Pol Loveresse 9 Mio. für Ausbau Bellelay Total 17 Mio.	MITTEL 8 Mio. Mob Pol Loveresse 9 Mio. für Ausbau Bel Air Total 17 Mio.	GERING 8 Mio. Mob Pol Loveresse 1.5 Mio. Anmiete Büroflächen in Biel 2.5 Mio. Mieterausbau Total 12 Mio.
Risiken für zeitgerechte Erstellung	GERING Bewilligungsrisiken gering	MITTEL- GROSS Bewilligungsrisiken Bel Air	GERING - MITTEL - Fristgerechter Auszug heutige Mieter Tavannes Machines - Risiko in Biel gering
Aufgabenerfüllung Nutzer	GERING Gemäss Einschätzung Nutzer schlecht (falscher Standort).	GROSS Von Nutzern als provisorische Lösung akzeptiert.	GROSS - Von Nutzern als provisorische Lösung akzeptiert. - Von Jus/Stawa gegenüber anderen Varianten bevorzugt.
Potenzial für definitive Lösung	GERING Bellelay steht als definitiver Standort nicht im Vordergrund.	MITTEL - GROSS sofern stationäre Polizei in Tavannes Machines und Gericht in BelAir bleibt. Umziehen müsste lediglich Stawa.	GERING – MITTEL weil Biel als definitiver Standort für Jus nicht in Fragen kommt.
Gesetzgebung betreffend Standort Gerichte	GROSS Entspricht heutiger Gesetzgebung	GROSS Entspricht heutiger Gesetzgebung	MITTEL Setzt Gesetzesänderung voraus, wonach Standort Gerichte temporär nach Biel verschoben wird.
Fazit:	Pro: - Geringe Risiken für zeitgerechte Erstellung - Eigene leerstehende Immobilie kann genutzt werden Contra: - Suboptimaler Standort, da abgelegen und schlechte Akzeptanz Nutzer	Pro: - Von Jus/Stawa als Provisorium; von Gericht sogar als definitive Lösung akzeptiert Contra: - Einsprache/Beschwerderisiko kann zeitgerechte Erstellung gefährden.	Pro: - Kostengünstig, weil JUS Infrastruktur Biel nutzen kann und hauptsächlich nur Büros gemietet werden müssen - Von JUS gut akzeptiert - Chance für Zweisprachigkeit

¹⁾ Bei den genannten Kosten handelt es sich um Bruttozahlen, welche Synergien mit der definitiven Lösung noch nicht beinhalten und dürfen deshalb nicht einfach mit Kosten der definitiven Lösung zusammengezählt werden.

4.4 Antrag des Regierungsrats zu den Provisorien

Da der Regierungsrat für die definitive Verortung von Gericht, Staatsanwaltschaft und Polizei einen Neubau in Reconvilier beantragt (s. sogleich Ziff. 5), erachtet er für die Justiz ein Provisorium in Biel als sachgerecht. Bestehende nutzerspezifische Infrastrukturen könnten vor Ort mitgenutzt werden, weshalb hauptsächlich nur zusätzliche Büroflächen angemietet werden müssen. Für die mobile Polizei ist ein Provisorium in Loveresse unvermeidlich. Dieses kann relativ kostengünstig umgesetzt werden, weil dort schon heute Einrichtungen vorhanden sind und die Investition ggf. auch über den Zeitraum des Provisoriums genutzt werden kann. Für die stationäre Polizei steht bei dieser Variante ein Provisorium in der Liegenschaft Tavannes Machines im Vordergrund.

Für den Fall, dass Biel nicht realisiert werden könnte, steht vorbehalten als Alternative das Gebäude BelAir im Vordergrund.

5 Varianten und Antrag des Regierungsrats für die definitive Lösung

Für die definitive Lösung zur Verortung von Justiz und Polizei wurden vier Varianten geprüft:

	Variante 2.1: Neubau Justiz/Polizei	Variante 2.2: Moutier in Tavannes Machines	Variante 2.3 ABR+ in Tavannes Machines	Variante 2.4 Bellelay
Stossrichtung	Umsetzung bisheriges Konzept ABR mit Neubau Justiz/Polizei in Reconvilier	Vollauslastung Tavannes Machines mit Einheiten aus Moutier	Volle Auslastung Tavannes Machines mit Zusammenzug aus Bernern Jura	Justiz/Polizei in Bellelay anstelle von Neubau in Reconvilier
Verortung	- Verwaltung in Tavannes Machines - Polizei und Justiz im Neubau CJP	- Stationäre Polizei, Justiz, BAKA, FIN in Tavannes Machines - Mobile Polizei in Loveresse - ABR+ dezentral in eigenen Gebäuden und Anmieten	- Justiz in BelAir - Stationäre Polizei, BAKA, FIN, ABR+ in Tavannes Machines - Mobile Polizei in Loveresse	- Verwaltung in Tavannes Machines - Justiz/stationäre Polizei in Bellelay - Mobile Polizei in Loveresse
Investitionskosten ¹⁾	GROSS CHF 110 Mio.	GERING – MITTEL CHF 69 Mio.	GERING – MITTEL CHF 79 Mio.	GERING – MITTEL CHF 86 Mio. ²⁾
Vereinbarkeit mit Immobilienstrategie Kanton	GERING - Leerstand in Tavannes Machines - Fremdvermietung mit Risiko von ausserordentlichen Abschreibungen - Leerstand in Bellelay (entspricht Status quo) - Leerstand in BelAir	GROSS - Volle Auslastung Tavannes Machines - Leerstand in Bellelay (entspricht Status quo) - Leerstand in BelAir	GROSS - Volle Auslastung Tavannes Machines - Leerstand in Bellelay (entspricht Status quo)	MITTEL - Leerstand in Tavannes Machines - Leerstand in BelAir
Stärkung Berner Jura	GROSS Bericht ABR stösst im Grundsatz auf grosse Zustimmung	GERING Zusammenzug ABR+ nicht möglich	MITTEL Zusammenzug ABR+ umgesetzt	GERING Schlechte Akzeptanz von Bellelay

Erfüllung Aufgaben Nutzer	GROSS	GROSS	GROSS	GERING
Fazit	Pro: - Beste Akzeptanz - Grosszügigste Lösung Contra: - Kosten/Nutzen sehr schlecht	Pro: - Günstigste Lösung Contra: - Kein Zusammenzug ABR+	Pro: - Gute Lösung mit gutem Kosten/Nutzenverhältnis Contra: - Gegenüber V2 und V4 geringfügig teurer	Pro: - Leerstand Bellelay kann genutzt werden Contra: - Keine gute Lösung für Polizei; klare Ablehnung durch Justiz

¹⁾ Bei den genannten Kosten handelt es sich um Bruttozahlen, welche Synergien mit der provisorischen Lösung noch nicht beinhalten und dürfen deshalb nicht einfach mit Kosten der provisorischen Lösung zusammengezählt werden

²⁾ Bei erheblich höherem Risiko, da Investition in einem historischen und stark geschütztem Gebäude.

Antrag des Regierungsrats:

Zwar sind – aus einer rein fachlichen Sicht – auch ohne Neubau eines Justiz- und Polizeizentrums in Reconvilier Lösungen für eine definitive Unterbringung der Gerichte, der Staatsanwaltschaft und der Polizei im Berner Jura denkbar. Solche Lösungen hätten aber gewichtige Nachteile. So wären die drei Institutionen auf unterschiedliche Standorte verteilt, was im Widerspruch zum Gebot eines modernen, effizienten und kostensparenden Justizbetriebs stünde. Zudem entspricht allein die Bündelung der Kräfte in einer neuen Infrastruktur den berechtigten Erwartungen der Region an moderne und kundenorientierte Dienstleistungen der öffentlichen Hand. Schliesslich wird ein Neubau auch von den künftigen Nutzern klar favorisiert.

Vor diesem Hintergrund sind die Vorteile eines konzentrierten Neubaus höher zu gewichten als die Nachteile, welche mit einer solchen Lösung verbunden sind (Risiko von Leerständen, relativ hohe Kosten). Der Regierungsrat beantragt daher, die definitive Verortung von Gericht, Staatsanwaltschaft und Polizei in einem Neubau in Reconvilier vorzusehen.

6 Weitere, nicht mehr weiterverfolgte Varianten

Im Verlaufe der Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate wurden immer wieder auch weitere Varianten ins Spiel gebracht, so namentlich:

(1) Verwaltungspools Tavannes – Loveresse

Die mobile und die stationäre Polizei würden in Loveresse im kantonseigenen Gebäude verortet; die Justiz würde vollständig in der Tavannes Machines integriert.

(2) Verwaltungspool Tavannes – Bellelay

Das Justiz- und Polizeizentrum würde nicht mittels eines Neubaus in Reconvilier erstellt, sondern in die Liegenschaft Tavannes Machines integriert; neben der Justiz und Polizei würden weitere Verwaltungseinheiten in Tavannes Machines integriert, insbesondere solche mit Publikumsverkehr.

(3) *Erweiterung Tavannes Machines mit Anbau*

Gewisse Einheiten von ABR+ in den definitiven Varianten 2.2 und 2.3 bleiben vorerst an den heutigen Standorten und werden erst später in einem zusätzlichen Erweiterungsbau auf dem Areal der Tavannes Machines untergebracht.

Der Regierungsrat beurteilt all diese Varianten als zu nachteilig und risikoreich, als dass sie im jetzigen Zeitpunkt noch ernsthaft in Betracht gezogen werden könnten.

7 Weiteres Vorgehen

Die Zeitverhältnisse im Projekt ABR sind sehr kritisch und haben sich aufgrund der Entscheide im Rahmen des Konkordats zusätzlich verschärft. Die BVD ist darauf angewiesen, dass möglichst rasch Beschlüsse oder zumindest Richtungsentscheide vorliegen.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Regierungsrat der BaK, sich rasch auf eine Lösung (definitive Lösung und passendes Provisorium) festzulegen. Gestützt darauf kann die BaK in der Sommersession einen Änderungsantrag (Gegenstand und Kredithöhe) zum verschobenen Kreditantrag stellen.

Für die Einhaltung des Umzugstermins vom 31. Dezember 2025 ist es zwingend, dass die Projektierungs- und Ausführungskredite spätestens in der Herbstsession 2023 freigeben werden. Damit der ambitionöse Umsetzungsplan erfolgreich realisiert werden kann, bedarf es folgender Schritte:

Bis wann	Was
27.04.2023	Versand Präsentation an BaK
27.04.2023	Begehung TVM, Bellelay durch BaK
11.05.2023	Sitzung BaK
05.06. – 15.06.2023	Sommersession GR ⇒ Entscheid Lösungsvariante, Genehmigung angepasster Kredit für die Projektierung Provisorien
04.09. – 14.09.2023	Herbstsession GR ⇒ Freigabe Kredite für die Realisierung

Der Zeitplan setzt ein verkürztes Verfahren für die Behandlung der Kreditvorlage für die Herbstsession durch die BaK voraus.